



EU-Abgeordnete nehmen Suchmaschinen und Clouds ins Visier

Plenartagung [27-11-2014 - 13:02]

Am Donnerstag hat das Europäische Parlament über eine EntschlieÙung abgestimmt, in der die EU-Mitgliedstaaten und die Kommission aufgefordert werden, Hürden für das Wachstum des digitalen EU-Binnenmarktes abzubauen. Parlamentarier betonten, dass der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung durch eine Verstärkung der Wettbewerbsregeln und eine Entflechtung von Suchmaschinen und kommerziellen Angeboten verhindert werden müsse.

260 Milliarden Euro könnten jährlich durch den digitalen Binnenmarkt erwirtschaftet und die Wettbewerbsfähigkeit angekurbelt werden, besagt die EntschlieÙung, die mit 384 Ja-Stimmen, 174 Nein-Stimmen und 56 Enthaltungen angenommen wurde. Allerdings weisen EU-Abgeordnete darauf hin, dass um dieses Potenzial auszuschöpfen, wichtige Herausforderungen wie die Aufsplitterung des Marktes und die fehlende Interoperabilität sowie regionale und demografische Ungleichheiten im Zugang zum Internet gelöst werden müssten.

EU-Regeln für Suchmaschinen-Firmen

In der EntschlieÙung wird betont, dass "der Markt der Online-Suche von besonderer Bedeutung für die Wahrung der Wettbewerbsbedingungen im digitalen Binnenmarkt ist." BegrüÙt wird das Versprechen der Kommission, weitere Untersuchungen zu den Praktiken von Suchmaschinen durchzuführen.

Das EU-Parlament ruft die Kommission auf, jeglichen Missbrauch bei der Vermarktung von verknüpften Dienstleistungen durch Suchmaschinenbetreiber zu unterbinden. Betont wird, wie wichtig eine nicht-diskriminierende Online-Suche sei. "Die Auflistung, Bewertung, Darbietung und Reihenfolge von Ergebnissen bei Suchmaschinen muss frei von Verzerrungen und transparent sein", sagten Abgeordnete.

Langfristig fordern die Abgeordneten die Kommission in der EntschlieÙung auf, Vorschläge in Betracht zu ziehen, die darauf abzielen, "Suchmaschinen von anderen kommerziellen Dienstleistungen abzukoppeln". Dieses Ziel ergebe sich aus der Rolle der Suchmaschinen bei der kommerziellen Weiterverwendung von Informationen und der Notwendigkeit, EU-Wettbewerbsregeln durchzusetzen.

Beschleunigtes Verfahren für das Telekommunikationspaket

In der EntschlieÙung wird hervorgehoben, dass der gesamte Internetverkehr diskriminierungsfrei und ohne Beschränkungen oder Eingriffe behandelt werden solle. Das Parlament drängt die Mitgliedstaaten, die Verhandlungen über das Telekommunikationspaket zu beginnen, um Roaminggebühren innerhalb der EU abzuschaffen, mehr Rechtssicherheit mit Blick auf die Netzneutralität anzubieten und den Verbraucherschutz im digitalen Binnenmarkt zu verbessern.

Gemeinsame Standards für Cloud-Computing

EU-Abgeordnete fordern ebenfalls, dass die Kommission eine Führungsrolle bei der Förderung internationaler Normen und Spezifikationen für Cloud-Computing übernimmt. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass mit den Standards die Privatsphäre ausreichend geschützt wird und sie zuverlässig, zugänglich, sicher und energieeffizient sind sowie eine hohe Interoperabilität gewährleisten.

Pressemitteilung

Kontakt

Gediminas VILKAS

BXL: (+32) 2 28 46396

STR: (+33) 3 881 64504

PORT: (+32) 498 98 33 30

EMAIL: imco-press@europarl.europa.eu

TWITTER: EP_SingleMarket

Armin WISDORFF

BXL: (+32) 2 28 40924

STR: (+33) 3 881 73780

PORT: +32 498 98 13 45

EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141

STR: (+33) 3 881 73603

PORT: (+32) 498 98 33 32

EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu

Jens POTTARST

STR: (+33) 3 881 64025

PORT: (+49) 151 172 57 196

EMAIL: Presse-de@ep.europa.eu

Siobhán GEETS

STR: +33 3 881 4-74646

PORT: +43 680 12 766 37